



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 35. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 26.01.2026
Beginn: 08:46 Uhr
Ende: 10:28 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2,
Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrat Eder, Leonhard, 1. Bürgermeister Vertretung für Herrn Marco Kistner
Kreisrätin Krach, Renate
Kreisrat Löbel, Christian
Kreisrat Ostendorf, Jens
Kreisrätin Plevka, Melanie
Kreisrat Pleyer, Claus-Georg
Kreisrätin Seifert, Adelheid, weitere Stellver-
treterin des Landrats
Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Arneth, Holger Kämmerei
Bacik, Joanna M. Sc. Geographie/Stadtentwicklung
Döhler, Jörg Verwaltungsamtmann
Ell, Christian Verwaltungsfachwirt
Gagel, Christian Verwaltungsfachwirt
Kohler, Martin Verwaltungsrat
Maurer, Marco Verwaltungsobererrat
Stoll, Marie Auszubildende
Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor
Weiß, Lisa ÖPNV und Radverkehr

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister

Kreisrätin Meyer, Evelyn

Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister

Kreisrat Tiefel, Werner

Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Schulentwicklungsgutachten 2026 erste Ergebnisse | 020/2026 |
| 3 | Mitgliedschaft des Landkreises Fürth bei der Bayerischen Kommunalen IT-Einkaufsgenossenschaft (BayKIT) | 230/2025 |
| 4 | Realisierung eines gemeinsamen Windparkprojektes Roßtal-Rohr (WK 205 und WK 30) | 025/2026/1 |
| 5 | Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“; Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren für die geplante Generalsanierung der Sporthalle am Gymnasium Stein sowie den Ersatzneubau am Gymnasium Oberasbach | 029/2026 |
| 6 | Schulcampus Langenzenn, Anzahl der Halleneinheiten | 017/2026/1 |
| 7 | Allgemeinverfügung Hilfen zum Ausbildungsverkehr | 234/2025/1 |
| 8 | Anfragen | |
| 9 | Haushaltsberatungen | |
| 9.1 | Beratung über den Kreishaushalt 2026 | 023/2026 |
| 9.2 | Anträge zum Haushalt | |
| 9.3 | Stellenplan 2026 | 233/2025 |
| 9.4 | Beschlussempfehlung über den Landkreishaushalt 2026 | 024/2026 |

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:46 Uhr die 35. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Der **Vorsitzende** gibt eine Änderung der Tagesordnung bekannt. Nachdem sich einige Mitglieder des Kreisausschusses aufgrund der Witterung verspäten, werden TOP 4 bis 8 vorgezogen. Der **TOP 3 Haushaltsberatungen** soll am Ende des öffentlichen Teils beraten werden.

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	---

Gegen die Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2025 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Schulentwicklungsgutachten 2026 erste Ergebnisse

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

TOP 3	Mitgliedschaft des Landkreises Fürth bei der Bayerischen Kommunalen IT-Einkaufsgenossenschaft (BayKIT)
--------------	---

Marco Maurer (Zentralabteilung, CDO - Personal, Organisation, Digitalisierung und Zentrale Dienste) stellt die Vorlage vor. Auf Nachfrage von **Kreisrätin Melanie Plevka** (SPD) erklärt er, dass kein doppelter Mitgliedsbeitrag anfällt. Der Rahmenvertrag mit der Firma MR-Datentechnik sei kostenfrei.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) berichtet, dass auch die Stadt Zirndorf der BayKIT beigetreten ist. Das System funktioniere sehr gut, weshalb er einen Beitritt empfiehlt.

8:52 Uhr Kreisrat Leonhard Eder kommt zur Sitzung

Der **Vorsitzende** betont, dass dieses Beispiel den Nutzen von Synergien und Zusammenschlüssen zeigt. Auf Kreisebene werde derzeit geprüft, wie die IT insgesamt weiterentwickelt werden kann, weg von Insellösungen hin zu einheitlichen Systemen. Er regt an, dass entsprechende Maßnahmen auch in den Kommunen geprüft werden und sich der Bay. Gemeindetag auf Kreisebene zu diesem Thema austauscht.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Renate Krach** (CSU) erklärt **Marco Maurer**, dass jede Kommune unabhängig von ihrer Größe Mitglied in der Genossenschaft werden kann (Genossenschaftsanteil von 1.000 €, Jahresbeitrag 400 €).

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt nachträglich den Beitritt des Landkreises Fürth zur Bayerischen Kommunalen Einkaufsgenossenschaft IT eG.

Der Landkreis Fürth erwirbt mit dem Beitritt einen Genossenschaftsanteil von 1.000 Euro ohne Nachschusspflicht.

Einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0

TOP 4	Realisierung eines gemeinsamen Windparkprojektes Roßtal-Rohr (WK 205 und WK 30)
--------------	--

Der **Vorsitzende** stellt das Projekt zur Realisierung eines Bürgerwindparkprojekts vor und verweist auf die Vorberatung im Umwelt- und Verkehrsausschuss. Er erläutert, dass sich das Vorhaben in einer frühen Phase befindet. Zunächst soll eine Absichtserklärung abgegeben werden, die weder rechtliche Bindungen noch finanzielle Verpflichtungen auslöst. Sobald die Grundstücksverträge durch die betroffenen Gemeinden gesichert sind, soll die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in Form einer Kooperationsgesellschaft geprüft werden. Entscheidend sei nun die Frage, ob sich der Landkreis an dem Vorhaben beteiligt. Der Vorsitzende bewertet das Projekt als gute Möglichkeit, gemeinsam mit den Gemeinden langfristige Einnahmen zu erzielen und spricht sich für eine Beteiligung des Landkreises aus.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) befürwortet den Prüfungsauftrag.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) weist aber darauf hin, dass die Zeit der hohen Renditen vorbei sei. Er bemängelt, dass die Vorlage die Bevölkerung zu Fragen der Umwelt- und Landschaftsbildverträglichkeit nicht ausreichend einbezieht. Zudem erwartet er von der neuen Bundesregierung eine Modifizierung des Wind-an-Land-Gesetzes. Deshalb hält er ein Engagement des Landkreises derzeit für verfrüht.

Der **Vorsitzende** macht deutlich, dass aktuell das Wind-an-Land-Gesetz gilt. Eine kommunale Beteiligung ermöglicht es, in Abstimmung mit Gemeinderäten und Partnern die Standortverteilung von Windenergieanlagen zu steuern. Wird die Kommune nicht beteiligt, ist damit zu rechnen, dass private Investoren die verfügbaren Flächen weitgehend ausschöpfen. Daher würde die Argumentation von Kreisrat Pleyer für eine Beteiligung des Landkreises sprechen, um den rechtlichen Rahmen vor Ort verträglich auszunutzen.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) berichtet, dass sich für zwei bereits ausgewiesene Windvorranggebiete im Markt Roßtal in den letzten Jahren Projektierer gefunden haben. Der Markt Roßtal hatte in diesem Verfahren lediglich ein Mitspracherecht durch die Beteiligung am Genehmigungsprozess. Für die neu als Windvorranggebiete aufgenommenen Flächen sei das Ziel, die Steuerung stärker in kommunale Hände zu legen und die Bevölkerung aktiv zu beteiligen.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) fragt, ob ein zusätzlicher Einfluss des Landkreises überhaupt erforderlich ist, da die Gemeinden bereits beteiligt sind. Der **Vorsitzende** antwortet, dass ein gemeinsames Windparkprojekt deutlich mehr Steuerungsmöglichkeiten vor Ort bietet. Als zentrales Argument für ein kommunales Engagement nennt er die langfristig zu erwartenden Einnahmen und die Notwendigkeit, die Projekte nicht allein der Privatwirtschaft zu überlassen.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) schließt sich dieser Einschätzung an und betont, wie wichtig es sei, dass Landkreis und Kommunen neue Wege gehen, um zusätzliche Mittel zu erschließen.

Kreisrätin Adelheid Seifert (CSU) macht deutlich, dass es sich derzeit um einen Prüfauftrag handelt und zunächst eine unverbindliche Absichtserklärung abgegeben werden soll. Sie unterstreicht, dass der Landkreis damit die Kommunen unterstützt und es gerade wegen der sensiblen Diskussion um Windkraft wichtig ist, jetzt mit Prüfauftrag und Absichtserklärung Flagge zu zeigen.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) sieht es nicht als Aufgabe des Landkreises an, für eine bestimmte Form der Energiegewinnung zu werben. Er fragt, ob es bereits Informationen zur Akzeptanz in der Bevölkerung gibt. Nur bei breitem Rückhalt kommt für ihn eine Beteiligung in Betracht.

9:15 Uhr Kreisrat Christian Löbel kommt zur Sitzung

Stephan Thirmeyer (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) verweist abschließend auf die bundesrechtliche Rechtsprechung, wonach bei der Ausweitung von Konzentrationsflächen der Windenergienutzung substantieller Raum einzuräumen ist. Es wird nicht erwartet, dass der Bund die Flächenziele des Wind-an-Land-Gesetzes ändert. Macht die Kommune keine Vorgaben, gilt: Windräder dürfen überall gebaut werden, wo der Immissionsschutz es erlaubt. Das geht deutlich über die Flächenziele des Wind-an-Land-Gesetzes hinaus. Er betont, dass für Kommunen und Landkreis das Bundesrecht verbindlich anzuwenden ist.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung unter Federführung der Regional- und Wirtschaftsförderung mit der Prüfung der rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten für das skizzierte Windparkprojekt, der finanziellen Auswirkungen und Risiken sowie der steuerrechtlichen und haushaltsrechtlichen Konsequenzen für den Landkreis Fürth.

Mehrheitlich beschlossen Ja 8 Nein 1

TOP 5	Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“; Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren für die geplante Generalsanierung der Sporthalle am Gymnasium Stein sowie den Ersatzneubau am Gymnasium Oberasbach
--------------	--

Holger Arneth (Schulverwaltung) informiert über das Interessenbekundungsverfahren und die Antragsvoraussetzungen. Die hierfür notwendige Projektskizze wurde fristgemäß bis zum 15.01.2026 eingereicht.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass es über 3.600 Anträge von Kommunen gibt. Der angemeldete Bedarf liegt bei ca.7,5 Mrd. €. Der Bund stellt für das Programm 333 Mio. € zur Verfügung. Das Programm ist somit 21-fach überzeichnet.

9:15 Uhr Kreisrat Thomas Zwingel verlässt das Besprechungszimmer

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Zustimmung über die Teilnahme an der Interessenbekundung zum Projektauftrag „Bundesprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten“ für die Sanierungsmaßnahme der Sporthalle am Gymnasium Stein.

Der Kreisausschuss beschließt die Zustimmung über die Teilnahme an der Interessenbekundung zum Projektauftrag „Bundesprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten“ für den Ersatzneubau der Sporthalle am Gymnasium Oberasbach.

Einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0

TOP 6 Schulcampus Langenzenn, Anzahl der Halleneinheiten

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt vor. Die Verwaltung empfiehlt, statt der ursprünglich vorgesehenen zwei Dreifach-Turnhallen (insgesamt sechs Halleneinheiten) den Bau einer Fünffach-Turnhalle anzustreben.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) weist darauf hin, dass beim damaligen Neubau des Gymnasiums das Hallenbad als eine Halleneinheit angerechnet wurde, weshalb nur eine Zweifach-Turnhalle errichtet wurde. Sie bittet die Verwaltung, dies zu prüfen. **Holger Arneith** (Schulverwaltung) erklärt, dass er zur Historie keine Auskunft geben kann. Im Rahmen der Anfrage ist jedoch ein Austausch mit der Regierung erfolgt. Ein Tausch einer Halleneinheit gegen eine Schwimmeinheit ist nicht 1:1 umsetzbar, da hierfür unterschiedliche Grundlagen maßgeblich sind.

Der **Vorsitzende** veranlasst die Aufnahme ins Protokoll. Die Verwaltung wird mit der zuständigen MB-Dienststelle klären, ob die damalige Anrechnung zutrifft und welche Auswirkungen dies auf die aktuelle Planung hat.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig folgende Beschlussfassung:

Anstelle des bisherigen Beschlusses zum Bau von zwei Dreifach-Turnhallen mit insgesamt sechs Halleneinheiten wird der Bau einer Fünffach-Turnhalle (Variante 4) angestrebt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen für die Realisierung dieser Fünffach-Turnhalle zu prüfen, insbesondere aufgrund von Synergieeffekten im technischen Bereich sowie aufgrund organisatorischer/logistischer Abstimmung der beteiligten Schulen.

Sollten sich im Rahmen dieser Prüfung vergaberechtliche oder förderrechtliche Hindernisse ergeben, ist der Planung der Neubau einer Dreifach-Turnhalle sowie einer Zweifach-Turnhalle zugrunde zu legen.

Einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0

TOP 7 Allgemeinverfügung Hilfen zum Ausbildungsverkehr

Lisa Weiß (ÖPNV und Radverkehr) stellt die Vorlage vor.

9:20 Uhr Kreisrat Thomas Zwingel wieder anwesend

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, die Allgemeine Vorschrift zur Abwicklung der Gelder für die Hilfen zum Ausbildungsverkehr gem. Art. 24 BayÖPNVG im Landkreisgebiet rückwirkend zum 01.01.2026 zu erlassen.

Einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0

TOP 8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 9	Haushaltsberatungen
TOP 9.1	Beratung über den Kreishaushalt 2026

Kreiskämmerer Martin Kohler stellt den Haushalt 2026 unter dem Titel „Ehrlich und sparsam“ vor und erläutert die wesentlichen Eckpunkte. Maßgeblich für die Haushaltsplanung ist die Entwicklung der Umlagekraft, die im Landkreis mit einem Rückgang um -2,9 Prozent unterdurchschnittlich ausfällt, während der bayerische Durchschnitt bei +4,6 Prozent liegt. Zur Bezirksumlage führt er aus, dass der Bezirk den Umlagesatz um 0,29 Prozentpunkte auf 26,21 % erhöht hat. Aufgrund der gesunkenen Umlagekraft ergibt sich hieraus für den Landkreis aber eine Minderbelastung in Höhe von 812.500 € im Haushaltsjahr.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Bezirk Mittelfranken erhebliche finanzielle Probleme hat, da die prognostizierte Deckungslücke in den Folgejahren auf etwa 123 Mio. € (2027) und 170 Mio. € (2028) ansteigen wird. Die Perspektive für die Folgejahre bezeichnet er demzufolge als kritisch.

Im folgenden erläutert **Martin Kohler** die größten Ausgabensteigerungen im Haushalt. Hierzu zählen vor allem die Aufwendungen für den Eigenanteil des Sozialertrags in Höhe 32,7 Mio. € sowie das deutlich höhere Defizit im ÖPNV, bedingt durch unvorhersehbare Aufwendungen wie den Abriss der Stahlbrücke in Oberasbach im Jahr 2026 und die Übernahme der Buslinien 63/64. Die Gesamtsumme aller Aufwendungen beläuft sich auf 195,6 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies nur eine Steigerung um 700.000 €, was im Hinblick auf die dargestellten Ausgabensteigerungen nur mit hohen Sparmaßnahmen an anderen Stellen erreicht werden konnte. Zudem verweist der Kreiskämmerer auf die Einsparungen der Sparkommission sowie auf weitere Maßnahmen der Verwaltung, wie etwa im Bereich der Stellenneuschaffungen („Nullrunde“), im Bereich des Gebäudeunterhalts und Stellenkürzungen im Bereich des Regionalmanagements, wodurch die ursprüngliche Deckungslücke erheblich reduziert werden konnte. Der Hebesatz der Kreisumlage steigt im Jahr 2026 um 1,69 Punkte auf 51,14 Hebesatz-Punkte. Zu den Investitionen des Landkreises sowie die Finanzierungsunterstützung durch das Sondervermögen erläutert er, dass die FAG-Hochbauförderung (45 % der zuwendungsfähigen Kosten) für den Zeitraum 2026 – 2029 um weitere 10 % erhöht wird. Ein wichtiges Instrument ist das zusätzliche pauschale Sonderbudget für Investitionen von 5,63 Mio. €, das vollständig im Jahr 2026 zur Finanzierungsunterstützung für schulische Investitionen vorgesehen ist.

Der **Vorsitzende** betont das Motto des Landkreishaushalts Ehrlich. Sparsam. In mehreren Sitzungen der Spar- und Strategiekommission wurden Aufgabenbereiche intensiv geprüft und wo vertretbar gekürzt. Die Ergebnisse zeigen Wirkung. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Sparmaßnahmen auch Grenzen haben. Trotz steigender Fallzahlen im sozialen Bereich wurden in diesem Bereich keine neuen Stellen geschaffen. Der Landkreis und seine Gemeinden könnten deutlich besser arbeiten, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen verlässlich wären und sie eine angemessene Gegenfinanzierung für Aufgaben erhielten, die sie nicht beeinflussen können, insbesondere für die stark wachsenden Sozialausgaben. Hier zeigt sich ein strukturelles Problem der kommunalen Finanzierung. Insgesamt hat der Landkreis einen ausgewogenen und transparenten Haushaltsentwurf vorgelegt, allerdings nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte.

TOP 9.2	Anträge zum Haushalt
----------------	-----------------------------

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 9.3	Stellenplan 2026
----------------	-------------------------

Marco Maurer (Zentralabteilung, CDO - Personal, Organisation, Digitalisierung und Zentrale Dienste) stellt den Stellenplan vor.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) bittet um Erläuterung, warum 0,25 VZÄ auf die Fairtrade-Stelle übertragen werden sollen. Er hält Fairtrade für etabliert und bittet um Prüfung, ob dieser Anteil gekürzt werden kann.

Marco Maurer antwortet, dass die Aufgaben im Bereich Fairtrade weiterhin wahrzunehmen sind und darüber hinaus fortlaufend neue Anforderungen hinzukommen. Ohne personelle Absicherung bestünde die Gefahr, dass das Thema trotz bereits aufgebauter Strukturen vernachlässigt wird. Der Sachverhalt wurde in der Sparkommission erörtert. Die Verwaltung hält die Übertragung von 0,25 VZÄ für erforderlich. Bisher wurde dieser Anteil von den Gemeinden finanziert. Nach Wegfall dieser Finanzierung bliebe ein Restanteil von 0,25 VZÄ, für den sich voraussichtlich kein geeigneter Stelleninhaber gewinnen lässt. Durch die Übertragung kann die Aufgabenwahrnehmung künftig in Form einer Halbtagsstelle gesichert werden.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass es in den Gemeinden freiwillige Fairtrade-Steuerungsgruppen gibt, die die Informationen und Unterstützung des Landratsamts schätzen. Der Landkreis wird diese Funktion weiter wahrnehmen und damit auch das Ehrenamt vor Ort unterstützen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag stimmt dem Stellenplan in der vorliegenden Form zu.
2. Zusätzlich werden nachfolgend aufgeführte Stellen im Stellenplan 2026 neu ausgewiesen und mit den erforderlichen Mitteln in den Haushalt 2026 eingestellt:

a) Produktkonto Nr.: 1280 0000	
1,0 EG 10 TVöD Zivil- und Katastrophenschutz	58.926 €

Einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0

TOP 9.4 Beschlussempfehlung über den Landkreishaushalt 2026

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) nennt den Haushalt einen schmerzhaften Sparhaushalt mit strukturellen Problemen und kritisiert die anhaltende Unterfinanzierung durch das Land. Fehle der Handlungsspielraum für politische Entscheidungen, sei die Selbstverwaltung faktisch nicht mehr gegeben. Er fordert daher eine Kehrtwende von Land und Bund. Krisen wie der Klimawandel und die psychische Belastung Jugendlicher bestehen unabhängig von der Haushaltslage fort. Daher sei genau zu prüfen, wo Sparen großen Schaden anrichtet. Symbolische Einsparungen, etwa bei der freiwilligen Schülerbeförderung, bewertet er als wirkungslos. Trotz seiner Vorbehalte wird er dem Haushaltsentwurf mit gutem Gewissen zustimmen.

Der **Vorsitzende** betont, dass niemand gerne in den angesprochenen Bereichen spart. Die Maßnahmen seien jedoch notwendig gewesen, um den Gemeinden zu zeigen, dass der Landkreis jeden Euro umgedreht hat. Es ist ein schwerer, aber notwendiger Kompromiss, damit die Funktionsfähigkeit des Landkreises erhalten bleibt.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) betont die Bedeutung guter Zusammenarbeit und Kompromissbereitschaft. Sie fordert, dass das Land seine Anforderungen auch finanziell absichert, etwa für den verpflichtenden Schwimmunterricht im Lehrplan, gesteigerte sportliche Anforderungen und eine angemessene Lehrerversorgung. Die Kommunen können diese Lasten nicht allein tragen, das müsse dem Land deutlich gemacht werden.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) schließt sich den Vorrednern an und bestätigt, dass der Landkreis umfassend gespart hat. Er weist auf die angespannte Haushaltssituation in Zirndorf hin, insbesondere auf die erneute Hebesatzerhöhung. Er bezweifelt, seine Fraktion zur Zustim-

mung bewegen zu können. Er bittet um Auskunft, wann wieder mit einer Senkung des Hebesatzes zu rechnen ist, und bittet um Erläuterung zu den Ursachen der gestiegenen Sozialkosten. Der **Vorsitzende** verweist auf seine langjährige Tätigkeit als Kreisrat und Bürgermeister und den dabei geführten Diskussionen. Der Landkreis hat stets sehr sparsam gewirtschaftet und auf freiwillige Leistungen weitgehend verzichtet. Deshalb kann er dem Kreishaushalt mit gutem Gewissen zustimmen. Dass die Kreisumlage nun steigt, sieht er als Ausdruck eines strukturellen Problems. **Stephan Thirmeyer** (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) erläutert zum Sozialetat, dass insbesondere Kosten für Krankenhausbehandlungen nach SGB XII sowie steigende Fallzahlen im Bereich SGB XII Belastungsfaktoren sind, zum Teil bedingt durch das Renteneintrittsalter der Babyboomer-Generation.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) erklärt, dass insgesamt ein ordentlicher Haushalt vorliegt. Entscheidend hierfür sind das Ausbleiben von Stellenmehrungen und die gute Ausstattung der Bezirke durch das Land. Diese beiden Faktoren haben maßgeblich ermöglicht, den Haushalt trotz schmerzhafter Einsparungen aufzustellen. So konnten im Sozialamt trotz steigender Fallzahlen keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Sie appelliert daher an Zusammenhalt bei der Umsetzung des Haushalts.

Der **Vorsitzende** betont, dass es bei den Sozialkosten vor allem um die Menschen vor Ort geht. Er verweist auf die Informationsveranstaltung des Sozial- und Jugendamtsbereichs für alle Stadt- und Gemeinderäte, die dazu beigetragen hat, das Thema transparenter zu machen. **Stephan Thirmeyer** erklärt, dass im Landkreis eine ausgeprägte Speckgürtelproblematik besteht. In den drei größten Kommunen Stein, Oberasbach und Zirndorf leben etwa die Hälfte der Bevölkerung, gleichzeitig entfallen dort rund 59,71 % der SGB-XII-Hilfen (Hilfen zum Alter), 63,21 % der Wohngeldbeziehenden und 60,85 % der Leistungsbeziehenden nach SGB II. Damit besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen den an das Metropolzentrum angrenzenden Städten und den ländlicher geprägten Kommunen. Diese Konzentration zeigt sich nicht nur bei Sozialleistungen, sondern auch bei den Bedarfen in der Jugendhilfe.

Beschluss:

Mit den unter TOP 3.1 bis 3.3 gefassten Beschlüssen empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Verabschiedung des Kreishaushalts 2026.

Einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0

Landrat Bernd Obst schließt um 10:28 Uhr die 35. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 12.03.2026

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in